

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gul. Ad. Schlech, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiteir.-Ecke,
Ollo Gießerei, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Jg. 164

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgebotelesse-
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 6. März.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonen-Expeditionen
Kad. Posse, Haasenstein & Höglund & C.
G. L. Danke & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

1893

Inserate, die schriftgestaltete Petzhölle oder herren Raum
in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an verzugene
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 4. März 1 Uhr.

Abg. v. d. Schulenburg (Con.) wünscht, die Telephonanstalten möchten nicht so sehr vor den Telegraphenanstalten bevorzugt werden; auch möge für die Postagenten etwas besser gesorgt werden. Ferner müssten die Gebühren für den Zeitungsvertrieb anderweitig geregelt werden, nicht nach dem Zeitungspreise, zumal gerade die Zeitungen am billigsten seien, die am meisten wählten.

Staatssekretär v. Stephan erwidert, wenn bei Benutzung der privaten Telephon-Einrichtungen Missbrüche vorlägen, so würde er für Anzeigen an die Oberpostdirektion dankbar sein. Einer vermehrten Fürsorge für die Postagenten steht er sympathisch gegenüber, doch würde das aber zu erheblichen Mehrausgaben führen. Was das Postporto für Zeitungen anlange, so habe das jetzige System — ein Prozentzusatz vom Preise — ja gewisse Mängel. Und wenn im Interesse der Gerechtigkeit ein anderes System gewählt werde, so würde dagegen ja sogar das Bedenken zurücktreten müssen, daß vielleicht die jetzt billigen Zeitungen zum Leidwesen des Büblums ihre Preise erhöhen müssten. (Abg. Böllrath: Sehr richtig!) Aber Abhilfe zu schaffen sei nicht so leicht. Wolle man die Vergütung nach dem mechanischen Prinzip der Leistung bemessen, so müsse man bei letzterer 2 Theile unterscheiden: einmal die allgemeine Leistung, d. h. die Abonnements-Vermittlung, und zweitens den Transport. Dort könne man nach wie vor die Vergütung nach dem Abonnementspreise bemessen, hier nach der Zahl der beförderten Nummern. Darans müsse eine Resultante gezogen werden. Das werde erwogen. Auch müssen Bayern und Württemberg mit in Betracht gezogen werden. Es solle das demnächst in einer Konferenz geschehen. Eventuell werde noch in diesem Sommer eine entsprechende Vorlage an den Bundesrat gebracht werden. Jedenfalls habe er die Sache nicht aus dem Auge verloren.

Abg. v. Kneudell (Rp.) tritt der gestrigen Ausführung des Abg. Wurm gegenüber, daß durch die Postverwaltung den Postassistenten bezw. den Angehörigen des Postassistenten-Verbandes ihre staatsbürglerlichen Rechte genommen würden. Die Postverwaltung sei zu ihrem Vorgehen behufs Aufrechterhaltung der Disziplin durchaus berechtigt. Wenn die Briefträger, die doch eine noch größere Masse bildeten, auch einmal einen solchen Verband gründen und wohl gar einmal streiken wollten, dann würde sich erst recht zeigen, welches hohe Interesse die Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung der Disziplin habe. Derartige Bestrebungen, wie die des Postassistentenverbandes, seien hier nach prinzipiell zu verwerfen. Redner preist jedoch die Verdienste des Staatssekretärs, auf den wir stolz sein könnten!

Abg. Dr. Baumbach (Bfr.): Schon gestern ist die Anregung gegeben worden, das Gewicht der einfachen Briefe zu erhöhen. Der Staatssekretär liebt zwar nicht, daß man ihn drängelt, sondern macht alles gern aus eigener Initiative. Ich bin auch immer bereit gewesen, seine Verdienste anzuerkennen. Aber auf eins möchte ich ihn doch aufmerksam machen. In vielen Büchern an mich wird über das Strafporto bei ungenügender Frankierung geklagt. Dieses Strafporto sollte doch befreit werden. Was die Frage des Postassistentenverbandes betrifft, so hat mich die starke Kannonade des Staatssekretärs nicht erschreckt, sondern ich sehe darin einen Rückzug und das Eingeständnis, daß man einen Missgriff getan hat. Ist der Verband ungeseztlich oder verstößt er gegen die Dienstordnung, so sollte man kleinliche Maßregelungen unterlassen und offen auf dem Disziplinarwege mit aller Strenge vorgehen. Hält sich aber der Verband auf dem Boden des Gesetzes und verletzt nicht die Dienstordnung, so sind die kleinlichen Mittel erfrecht nicht am Blaue. Denn wir leben doch in einem Rechtsstaat. Jeder Staatsbürger kann sich einem Vereine anschließen zur Hebung seiner Lage. Man wirft den Postassistenten vor, daß sie sich in einem vollständigen Taumel von Genüssen befinden. Nun, die Mitglieder des Bundes der Landwirthe haben in Berlin die Gast- und Kaffeehäuser aufgezählt und sich nicht gerade so benommen, als wenn sie einem Mäßigtumsvereine angehörten. (Heiterkeit.) Man kann den Postassistenten nicht verübeln, wenn sie ihre Lage heben wollen. Ihr Einkommen ist ein geringes. Die Postverwaltung befolgt leider das System, an den etatsmäßigen Stellen zu sparen und möglichst viele schlecht bezahlte Hilfsbeamte dafür zu verwenden. Man bringt junge Leute, die einen Diätenzettel von kaum zwei Mark erhalten, in verantwortliche Stellungen. Der Staatssekretär hat gestern ausgeführt, wie sott diese Leute in kleinen Städten leben, in denen sie oft als Surrogat eines Lieutenantats gelten. Der Beamte entgleist, kommt mit seinen Pflichten in Konflikt und verfällt dem Strafrichter. Wir haben ja viele solcher Beispiele erlebt. Ich gebe zu, daß in einer so großen Verwaltung stramme Disziplin berichten muß, aber es gehört dazu auch Berufsfreudigkeit der Beamten, und diese hat in manchen Kategorien, wie ich zu meinem Bedauern sagen muß, sehr abgenommen. Durch die mangelnde Berufsfreudigkeit der Postbeamten ist es gekommen, daß sie sich der Sozialdemokratie angelehnen haben. Darum sollte der Staatssekretär selber das Seinige thun zur Hebung des Postbeamtenstandes. (Beifall links.)

Direktor im Reichspostamt Fischer: Die Beamten verzichten tatsächlich auf gewisse staatsbürglerliche Rechte, denn von der Freizügigkeit können sie ja keinen Gebrauch machen, ebensowenig von der Gewerbebefreiheit. Die Anstellungsbedingungen der Postbeamten, namentlich der Postassistenten, sind die günstigsten. Das System der Gehaltszulagen und des Stellenaufrückens ist nicht willkürliche, sondern nach bestimmten Gesichtspunkten geregelt, von denen nicht abgegangen wird. Wir sind in der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen in einem dem Bedürfnis entsprechenden Tempo vorgangen. Wir machen nicht absichtlich Ersparnisse durch Nichtbesetzung etatsmäßiger Stellen.

Abg. Böllrath (Bfr.): Herr von Stephan ist 40 Jahre lang im Postdienst tätig. Eine solche Rede, wie sie ihm heute Herr v. Kneudell gehalten hat, würde aber beim fünfzigjährigen Amtsjubiläum weniger schädlich wirken, als jetzt. Das, worauf er so wenig Wert legt, die Popularität nämlich, hat ihn gerade veranlaßt, in den letzten Jahren auf seinen Vorberreu auszurücken. (Heiterkeit) Die Ausführungen des Herrn v. Kneudell waren

eine Bestätigung meiner Auffassung, daß Sammlungen unter den Beamten, wie ich sie erwähnt habe, immer etwas von Zwang an sich haben. Die Postverwaltung klagt, daß die Postassistenten sich seitwärts gestellt haben. Nein, sie sind seitwärts gestellt worden, und das ist ja die Genesis des Verbandes. Wir haben vor zwei Jahren gehört, daß die Postsekretäre die Postassistenten aus ihren geistigen Kreisen ausgeschlossen haben, was ich eingemessen erklärlich finde, da ein Theil der letzteren Beamten sich aus den unteren Beamten rekrutirt. Anstatt nun aber die Luft zu überbrücken, hat man diese Beamten seitwärts gestellt, und deswegen haben sie sich zusammengezahlt.

Ich begrüße mit Freuden die Aeußerung des Staatssekretärs, daß der Postzeitungstarif geändert werden soll. Nur möchte ich mich gegen das Eine verwahren, als wenn die Neuregelung dieser Verhältnisse etwas mit dem Inhalt der Zeitungen zu thun hätte. Die Post hat keine Juris zu üben. Wenn Herr v. Stephan die Steigerung des Verkehrs anführt, so ist das ja nicht sein Verdienst. Bereits 1877 hat er geäußert, daß die Postzeitungsgebühren geändert werden müssten. Die Frage ist oft genug angeregt worden. Aber erst jetzt kommt die Postverwaltung dazu, die Sache in Angriff zu nehmen. Da der Staatssekretär selbst zugegeben hat, daß die Reform eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge haben werde, so begreife ich diese Verzögerung erst recht nicht. Der jetzige Zustand ist irrational. In der Beantwortung der gestrigen Rede des Staatssekretärs will ich es vermeiden, ihm auf das persönliche Gebiet zu folgen. Der Staatssekretär meinte, meine Ausführungen wimmelten von Irrthümern. Nur in sehr wenigen Punkten könnte ich mich möglicherweise geirrt haben. Ich habe nicht behauptet, daß das Kriegsministerium eine Verfügung über die Richtqualifikation der Assistenten zu Reserveoffizieren erlassen hat, sondern ich habe nur eine Anfrage gestellt. In Bezug auf die Anstellungsverhältnisse der Assistenten habe ich mich nicht geirrt, denn sie müssen wirklich 14 Jahre warten, ehe sie eine etatsmäßige Anstellung bekommen, wenn man nämlich die 5 Jahre zerrechnet, während welcher sie zwar nicht mehr diätatisch, aber auf vierjährliche Kündigung angestellt sind. Der Staatssekretär meinte, er würde mir gern Auskunft über postalische Verhältnisse geben. Ich möchte mich aber doch nicht an ihn wenden, weil die Auskünfte der Postverwaltung nicht immer aufrichtig sind. In einem Punkte gebe ich allerdings zu, habe ich mich geirrt. Die Unterbeamten haben nämlich, soweit sie aus dem Büblumsteade hervorgegangen sind, nicht, wie ich sagte, 20 Jahre, sondern 30 Jahre zu warten, bis sie eine etatsmäßige Anstellung erlangen. Auch meine Ausführungen über die Wohlfahrtsanstaltungen für die Postbeamten sind richtig. Aus einem kaiserlichen Erlass geht hervor, daß 1879 aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaisers Wilhelm I. die Postbeamten für die Kaiser Wilhelm-Stiftung in erheblichem Grade, bis zu 2500 M. "freiwilliger" Beiträge in Anspruch genommen sind. Daß die "Verkehrszeitung" ein amtliches Blatt ist, habe ich nicht behauptet, ich habe es gerügt, daß amtiell für ein im Privatverlag erscheinendes Blatt agitiert wird. Dagegen hat der Staatssekretär sich manche Irrthümer zu Schulden kommen lassen. Er sprach von 25 000 M. Verwaltungskosten, die der Postassistenten-Verband habe. Eine solche Summe kommt in der ganzen Rechnungsaufstellung überhaupt nicht vor. Es liegt wohl eine Verwechslung vor mit der Summe von 29 000 M. unter "verschiedene Ausgaben". Unter dieser Ausgabe ist aber das Kleidergeschäft gemeint. Das sind doch aber keine Verwaltungskosten. Endlich ist gefagt worden, daß der Verein an Unterbilanz leide, und man hat das aus einem Aufruf zur Zahlung gewisser Beiträge geschlossen. Bei einem so großen Umsatz, wie ihn der Verband hat, ist diese Vorsicht zur rechtzeitigen Deckung aller Ausgaben doch nur sehr lobenswerth. Von einer Unterbilanz ist vorläufig nicht die Rede. Der Verein hat vielmehr ein Vermögen von 28 000 M. Auch die Mitgliederzahl soll abgenommen haben. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die Mitgliederzahl ist von Monat zu Monat gewachsen und beträgt heute bereits 4500. (Beifall links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisem.): Ich gebe dem Staatssekretär gern zu, daß er in postalischen Dingen große Sachkenntnis hat, aber Alles weiß er auch nicht. Ich betrachte ihn allerdings nicht als Grafe, auf der der Abg. Böllrath einen Löwenritt vollführen will. (Heiterkeit.) Aber es sind gegen den Postassistentenverein Übergriffe vorgekommen, die wir rügen müssen. Es gehen uns ja allerdings auch unglaubliche Briefe zu. So ist es natürlich erfunden, wenn behauptet wird, daß die Briefe der Privatdienner des Herrn v. Stephan aus den Ersparrissen eines Materialienverwalters herüberschreiten oder daß die Hühner, welche auf dem Hofe des Wohngebäudes des Staatssekretärs herumlaufen, mit fiskalischen Hafer gefüttert würden. (Große Heiterkeit.) Ich siehe mit dem Abg. Baumbach auf dem Standpunkt, daß nur bei ungefährlichem Verhalten rigoros gegen den Verband vorgegangen werden darf. In manchen Fällen ist sogar das Telegraphen- und Briefgeheimnis verletzt worden. In Strasburg soll der Telegraphendirektor Neumann den Telegraphenboten Graf unter Drohungen genötigt haben, den Absender eines Begrüßungstelegramms an den Berliner Verbandsvorstand zu nennen. Es war dies der Assistent Neufeld, dem dann der Direktor erklärte: So, jetzt sind Sie fertig, ich werde für Ihre Entlassung sorgen. In Strasburg soll der Postbeamte Müller veranlaßt worden sein, die Namen der Abonnenten des Verbandsorgans zu erforschen, und er ist diesem Aufsinnen nachgekommen, indem er sogar die Mappen der Briefboten durchsuchte. Der Staatssekretär las gestern einen Brief eines jungen Beamten vor, der ihm "in die Hände gefallen" ist. Das ist doch peinlich, kommt das öfter vor, daß der Verwaltung solche Briefe in die Hände fallen? Die Annahme liegt nahe, daß das mit der Düsseldorfer Angelegenheit zusammenhängt. Es ist mir ein Schreiben zugegangen, das nicht von einem Postbeamten herrührt, in dem es heißt, daß einem Beamten, der um Urlaub gebeten habe, weil sein Kind im Sterben lag, dieser Urlaub verwirkt worden sei mit den Worten: Thun Sie nur Dienst, Sie können dem Kinde doch nicht helfen. Ich übergebe dem Staatssekretär diesen Brief. Ich habe noch zwei Fragen, wann Kassel endlich einmal ein neues Postgebäude bekommen wird, und warum man ferner nicht den Briefträgern im Sommer eine Lettewanduniform giebt?

Reichspostamts-Direktor Fischer: Ich bin nicht in der Lage auf das reiche Material des Vorredners einzugehen, wir werden den stenographischen Bericht abwarten und in der dritten Lesung des Etats darüber reden. Die Errichtung eines Postgebäudes in Kassel findet ihre Schwierigkeit in dem Zwiespalt der Kasseler Bürgerschaft, von der ein Theil der Gebäude in der Neustadt, der andere in der Altstadt haben will.

Abg. Stöcker (dt.): Die Postverwaltung ist mit der Behandlung des Assistentenverbandes auf einen falschen Strang gerathen. Autorität und Disziplin muß sein, aber zwischen Autorität und absoluter Freiheit liegen die Verbände, die bei richtiger Behandlung wohl geeignet sind, zugleich die Disziplin und das Freiheitsbewußtsein des einzelnen zu stärken. Es ist begreiflich, daß die Postassistenten sich zusammenfinden, die leider eine höhere Stellung nicht einnehmen können. Die Postverwaltung geht von dem falschen Grundsatz aus, für die Stellung eines Postsekretärs die Ablegung des Abiturientenexams zu verlangen. Man sollte fragen: Hast Du die Kenntnisse, und nicht: Woher hast Du die Kenntnisse? Man sollte Reichskanzler und Minister werden können ohne ein Abiturientenexamen, aber nicht Postsekretär? (Heiterkeit.) Ich freue mich über den Verband. Ich habe nur noch den Wunsch auszusprechen, daß nach Einführung der Sonntagsruhe der Postverkehr auch am Sonntag Nachmittag geschlossen werde.

Staatssekretär v. Stephan: Es sind Berichte eingefordert worden, ob anstatt Nachmittag von 5—7 Uhr die Zeit von 12—2 Uhr zum Postverkehr benutzt werden könne. Die Berichte sind noch nicht alle eingegangen. Die bis jetzt eingegangenen sprechen sich sehr verschieden aus, sehr viele aber erklären sich die Verlegung, weil der Sonntag Nachmittag die einzige Zeit ist, an dem gewisse Kategorien der Bevölkerung, wie Dienstboten, den Verkehr mit der Post benutzen können. Die Beobachtung an den Schaltern hat das ergeben. Überrascht hat mich die Stellung des Vorredners zur Frage des Postassistentenverbandes. Es herrscht in den Kreisen der Assistenten ein Geist des Ungehorsams, und es sind freche, die Disziplin verleugnende Aeußerungen gefallen. Dieser Geist wird durch den Verband genährt. Sie fragen mich, wie ich in den Besitz des Privatbriefes eines Beamten gekommen bin. Das werde ich Ihnen sagen, wenn Sie mir mittheilen, wie Sie in den Besitz vertraulicher amtlicher Bürkare gelangt sind.

Abg. Samhammer (Bfr.): Das Porto für Pakete nach Amerika ist außerordentlich hoch. Es kostet ein Paket von 10 Kilogramm 4,50 Mark nach Newyork. In dieser Stadt hat sich eine Gesellschaft gebildet, die die Beförderung desselben Pakets für 40 Pfennig von Newyork nach Hamburg übernimmt. Wäre es nicht möglich, eine billigere Paketförderung herzustellen? Der Paketverkehr in Deutschland ist der beste der ganzen Welt. Warum haben wir nun nach Amerika einen Verkehr, der mit so großen Spesen verbunden ist? Bei den jetzigen Zuständen lohnt es nicht, kleine Pakete, wie Musterpaket, nach Amerika zu senden.

Staatssekretär v. Stephan erkennt an, daß die Tarife zu hoch seien, sie könnten aber nicht gebilligt werden, da Amerika keine amtliche Paketpost habe. Ein einseitiges Vorgehen Deutschlands sei nicht möglich.

Abg. Gröber (Bfr.): Was hier von der Postverwaltung über den Postassistenten-Verband vorgebracht ist, beweist, daß der Verband der Verwaltung unbehaglich geworden ist, nicht aber daß er ungefährlich ist und ungefährlich handelt. Ist der Verband erlaubt, so darf man auch die Mitglieder nicht hindern, ihren Urlaub zum Besuch von Generalversammlungen zu benutzen.

Darauf vertagt das Haus die weitere Verathung auf Montag 1 Uhr. Schluz 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom 4. März, 11 Uhr. Das Haus segt die zweite Etatsberathung mit dem Etat der Berg-, Hütt- und Salinen-Verwaltung fort und zwar beim Einnahmettel der Hüttten.

Abg. Dr. Arendt (fr.) weist als Hauptursache der Minder-Einnahme aus den Hüttten die Entwertung des Silbers nach, die nicht eine Folge der Produktionsverhältnisse, sondern lediglich eine Folge der Gelezegebung ist.

Abg. v. Ehren (natl.): Die Berechnungen des Vorredners über die Schädigung des Nationalwohlstandes sind ganz willkürlich und beweisen nichts. Zu bedauern ist nur, daß die Regierung im Jahre 1879 sich nicht entschließen konnte, den Thaler vorrath zu verkaufen. Die künstliche Preissfestlegung zwischen Gold und Silber ist auf die Dauer heutzutage gar nicht durchführbar. Die Goldwährung hat sich bei uns ganz gut bewährt, geschäftliche Actien darf man nicht auf Rechnung der Währungsfrage setzen.

Minister v. Berlepsch: Eine von mir erlassene Anordnung über den Umtang und die Art der Goldgewinnung, die durch das Auffinden von Gold in unseren afrikanischen Bestzügen bedingt war, Untersuchungen anzustellen und ein Gutachten der Bergakademie zu erwirken, ist irrtümlicher Weise so gedeutet worden, als habe die Regierung ihren bisherigen Standpunkt zur Währungsfrage geändert. Das ist nicht richtig. Der Zweck dieser Anordnung ist nur, über die Goldgewinnung nicht nach Hypothesen, sondern nach festen, wissenschaftlich erprobten Grundzügen urtheilen zu können.

Abg. Dr. Arendt (freikons.) bleibt bei seinen bimetallistischen Ansichten. Die Menge des vorhandenen Silbers ist gar nicht so groß, auch die Silberproduktion wird gewöhnlich übertrieben dargestellt. Die Verhandlung im englischen Unterhause ist ein Erfolg der Silberwährungsanhänger, deren Zahl sich dabei größer erwies, als je zuvor.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Bfr.) kann einen Grund für die heutige Debatte nicht einsehen; wir können doch keinen Beschluss fassen darüber, was das englische Parlament thun soll. Das Verhältnis zwischen Gold und Silber ist seit den ältesten Zeiten schwankend gewesen und der Rückgang des Silberwertes ist seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts ein stetiger gewesen. Sehr zutreffend sagte Gladstone, daß ein leichter Schlag genügt, um ein Pferd ins Wasser zu treiben, aber 20 Männer sind nicht im

Standes, das Pferd zum Sausen zu zwingen. So ist's auch mit den Wünzen der Konferenzen. Zusammengekommen sind die Herren, Beschlüsse haben sie auch gefaßt, aber nicht ausgeführt. Sausen wollte keiner! (Heiterkeit!)

Abg. v. Cynern (nl.) warnt namentlich die Landwirtschaft vor der Doppelwährung. Die unmittelbare Folge einer Remontierung des Silbers würde eine Kündigung zahlreicher ländlicher Hypothesen sein.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) kann dem Standpunkt seines Fraktionsgenossen Cynern nicht ganz zustimmen. Gerade vom Freihandelsstandpunkt aus sollte man den Doppelwährungsbestrebungen entgegenstehen. (Hört, hört!) Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung den Wünschen nach Remontierung des Silbers so apathisch gegenübersteht.

Abg. v. Cynern (nl.) führt aus, daß gerade die Schwankungen in dem Verhältnis zwischen Gold und Silber zur Annahme der Goldwährung geführt haben. In Völkertreissen gerade wird Dr. Arendt mit Jubel empfangen; denn diese wünschen, daß ein schrankendes Verhältnis zwischen Gold und Silber zur Grundlage der Währung gemacht wird.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.): Ich gehe nicht so weit, wie Herr v. Cynern. Ich stimme mit ihm darin überein, daß Niemand dem Reichstag einen Vorwurf daraus machen kann, daß er zur Goldwährung übergegangen ist. Die Goldwährung hat mannsfache Schäden auf wirtschaftlichem Gebiete verursacht, die Valutadifferenzen werden stets die Handelspolitik durchkreuzen. Die Schwierigkeit in der Beurtheilung der Währungsfrage liegt hauptsächlich in dem mangelhaften Material. Deshalb würde sich der Handelsminister ein Verdienst erwerben, wenn er das Material beschaffte. (Beifall)

Abg. Schultz-Lüpitz (freikr.): spricht seine Besiedlung über die Steigerung des Konsums von Kainitkiesen aus, der von 3 auf 36 Millionen Doppelzentner gestiegen sei. Der von der preußischen und anhaltinischen Regierung geschlossene Kainitring habe sehr wohltätig gewirkt.

Minister Führ. v. Verlepsch: Das Kainit erkenne ich als ein wichtiges Mittel für die Hebung der Landwirtschaft an. Ich habe deshalb den Versuch gemacht, durch Staffelpreise den östlichen Provinzen den Bezug zu verbilligen, d. h. so, daß der entfernter wohnende Konsument das Kainit billiger beziehen sollte, als der näher wohnende. Der Versuch ist daran gescheitert, daß die in der Nähe wohnenden Landwirte sich weigerten, höhere Preise zu zahlen. Zu der Frage, ob die Vergleichsfreiheit für Kainitkiese besiegelt werden und daraus ein Monopol gemacht werden kann, habe ich noch nicht feste Stellung genommen. Ich werde in eine Prüfung der Frage eintreten.

Abg. Führ. v. Minnigerode (konf.): Die Neueinstellung einer größeren Summe in den Etat zu Gunsten der Berggewerbeberichte fordert unsere Aufmerksamkeit heraus, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Ich glaube, daß wir in den Gewerbeberichten eine für die Autorität der Regierung sehr gefährliche Institution geschaffen haben. Seit dem Fortgang des großen Kanzlers ist ein gewisser Humanitätsfanatismus eingetreten. Man sprach immer nur von den Arbeitern. Daß es daneben auch Arbeitgeber gab, davon sprach man nicht. Wir werden diese ganzen Forderungen und Einnahme und Ausgabe ablehnen, wenn wir auch überzeugt sind, damit gegen den Strom zu schwimmen.

Abg. Hize (Bentr.): Aus den Worten des Vorredners geht die Sehnsucht nach den Verhältnissen unter dem ehemaligen Reichskanzler. Wir können den Bergarbeiter nicht versagen, was den anderen Arbeitern gewährt wird. Wenn man die Arbeiterorganisationen bekämpft, dann muß man die Gewerbeberichte stärken, damit sie die Aufgaben des Rechtsschutzvereins übernehmen. Ich halte die Gewerbeberichte für eine Institution zur Unterstützung der Autorität.

Abg. Dr. Ritter (freikons.): Ich halte die Einführung der Berg- und Gemeinde-Gewerbeberichte nicht für zweckmäßig. Die Welt, in der wir leben, ist nicht dazu angehalten, Experimente zu machen, von denen man nicht weiß, wie sie wirken werden.

Minister Führ. v. Verlepsch: Wenn die Regierung auf den Appell des Abg. Ritter einginge, würde sie die Errichtung von Gewerbeberichten ad calendas Graecas verschieben. Ich bin der Ansicht, daß sich die Ausführungen des Vorredners und des Abg. von Minnigerode gegen das Gesetz selbst richten (lebhafte Zustimmung im Zentrum), und daß sie meines Erachtens besser Platz gefunden hätten, als das Gesetz zur Veratzung stand. Heute hat die Regierung die Wahl, ein Reichsgesetz zur Ausführung zu bringen. Man kann doch nicht von einem Ausnahmegesetz sprechen, wenn man für einen bestimmten Beruf Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ein bestimmtes Gericht zusammenfaßt. Lehnen Sie unsere Forderungen ab, dann werden wir Gewerbeberichte bekommen, die viel unzweckmäßiger wären, als die von uns geplanten. (Sehr richtig!) Denn es liegt auf der Hand, daß die Rechtsprechung eine sachlichere ist, wenn der Bergmann über die Forderungen des Bergmanns urtheilt. Wenn Sie unsere Forderung ablehnen, dann verlieren wir zunächst an der sachlichen Rechtsprechung, sodann die Möglichkeit, Bergbeamte zu Vorsitzenden zu wählen. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.)

Danach vertagt sich das Haus auf Montag 11 Uhr. (Rest des Bergetats, Etat der Ansiedelungskommission, Etatgesetz.)

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 5. März. Die Konservativen als Frontdeurs gegen die Sozialpolitik, die durch die Reichsregierung mit dem Reichstage gemacht wird, das ist die Überraschung der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gewesen. Von einer Überraschung muß man darum reden, weil die Konservativen im Reichstage an denselben Gesetzen mitgearbeitet haben, die dieselben Herren jetzt in der preußischen Volksvertretung in anstoßerregender Weise bekämpfen. Auf der Tagesordnung stand eine geringe Summe für die Berg-Gewerbeberichte, und mit wachsendem Staunen mußte man von den konservativen Rednern, Herren von Minnigerode und Ritter, hören, wie verhaftet ihnen und ihren Parteidreunden dieser ganze "Humanitätsfanatismus" der Arbeitsschutzgesetzgebung ist. Nun gar die Gewerbeberichte erscheinen ihnen als ein Greuel, als förmliche Organisierung der Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Arbeiter. Wenn es nach ihnen ginge, so müßten die Gewerbeberichte wieder abgeschafft oder, wo sie noch nicht bestehen, garnicht eingeführt werden. Die Forderung für die Berg-Gewerbeberichte wollen sie natürlich gestrichen wissen. Nun ist es ja richtig, daß ein Muß zur Bewilligung dieses Postens durch die Reichsgesetzgebung nicht den Einzelstaaten auferlegt worden ist. Der preußische Landtag kann Berg-Gewerbeberichte errichten, er braucht es aber nicht, und wenn er sie ablehnt, dann müßte sich die Regierung mit den allerdings durch das Reichsgesetz vorgeschriebenen allgemeinen Gemeinde-Gewerbeberichten begnügen. Aber welch ein Zustand

wäre das, wenn die Absichten, aus denen das Reichsgesetz hervorgegangen ist, im größten Theile des Reichs durch das Nebelwollen der konservativen Mißvergnügten lahmgelegt würden. Die formelle Berechtigung zur Ablehnung der bezüglichen Position hat das Abgeordnetenhaus, aber moralisch wie politisch ist es gebunden, und die Konservativen, die von Preußen aus eine Untergrabungspolitik gegen die Sozialpolitik im Reiche unternehmen, erkennen in ihrer überreizten Stimmung, in der galligen und unfruchtbaren Demagogie, die sie betreiben, offenbar gar nicht die Gefahren, denen sie selber am Meisten sich aussetzen. Dieses maßlose Wüthen gegen Alles, was ihnen nicht paßt, was ihren materiellen Interessen entgegensteht, diese Umwandlung aller Staatsbegriffe in eine bloße Assekuranz für das Gedanken des Großgrundbesitzes, das muß, je länger desto mehr, die konservative Partei außerhalb des normalen Zustandes bringen, und ihr eigenes Grab nur graben diese Leute.

Vergleichbar verwies der H. a. n. d. e. l. s. m. i. n. i. s. t. e. r. den unzufriedenen Gründen Herrn v. Minnigerode auf den trassiven Widerspruch zwischen dem Verhalten seiner Partei im Reichstage und demjenigen, das jetzt im Abgeordnetenhaus eingeschlagen werden solle. Vergleichbar auch warnte der Zentrumsabgeordnete H. i. e. vor den bedenklichen Konsequenzen der neuen konservativen sozialpolitischen Weisheit. Für die Herren v. Minnigerode und Ritter war das Alles in den Wind geredet, und wenn man die Kürzsichtigkeit der Konservativen auch begreifen kann, so versteht man doch weniger gut die, gerade herausgesagte, Beschränktheit, mit der sie sich in gefährliche Niederlagen förmlich hineinstürzen. Es ist keine Frage, daß am Montag alle Parteien zusammen gegen den konservativen Einbruch in die Sozialpolitik stehen werden. Der große Schmerz der Konservativen ist, daß der neue Kurs mit der gewalttamen Politik der Niederhaltung gegen die Arbeiter entscheidend und entschieden gebrochen hat. Auf die heikle Frage, ob denn die Herren, die sich akademisch zur kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 bekennen, gegen die Februarerlaß des jetzigen Kaisers agitieren wollten, kam gestern keine Antwort.

Auch ist eine Erwiderung wirklich nicht nötig; sie steht schon in den Reden der Herren von Minnigerode und Ritter. Beim freikonservativen Abg. Ritter mag das übrigens doch so Manchen Wunder genommen haben, und nicht mit Unrecht: Er hatte eine Zeit sozialreformerischer Begeisterung; jetzt ist der Spiritus weg, das Phlegma geblieben. — Auf den Antrag Bebel's hat der Reichstag die Verhandlung über den Poststellenverbund abermals vertagt. Der Reichstag ist nun einmal, was die Geschäftsführung anlangt, in der Hand der Sozialdemokraten, die bei fortwährender Beschlussfähigkeit defektiren können, wann eine Debatte zu Ende sein soll. In diesem Falle ist es aber gut so, daß eine Auseinandersetzung nicht kurz abgebrochen wird, in der die wichtigsten und peinlichsten Fragen staatsbürglicher Freiheit und bürokratischer Bevormundungssucht mit einander im Kampfe liegen. Die gestrige Verhandlung hat noch mehr als die vom Freitag gezeigt, daß Herr v. Stephan unter dem Zwange eines Naturells handelt, das ihn die feine Grenzlinie zwischen dem Zulässigen und dem Ansößigen nicht immer übersehen läßt. Er glaubt sich, seiner Natur nach, im vollen Rechte, wenn er den Assistentenverbund auf wahrhaft russische Weise behandelt, und er ist sehr erstaunt darüber, daß die meisten Redner es nicht einsehen wollen, wie gut er es mit seinen Untergebenen meint. Etwas von der sonderbaren Liebe zu seinen Untertanen, wie sie der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. bewiesen hat, steht auch in dem herrlichen Wesen des Staatssekretärs im Reichspostamt, und die Vorzüge dieses gewiß verdienten Mannes schlagen hier in Fehler um. Es ist die Sache des Reichstages, dem Postbismarck mit rücksichtsloser Deutlichkeit zu sagen, daß er nicht die Befugnis zu absolutistischer Behandlung "seiner" Beamten hat, und wenn das bisher auch bereits ausgiebig genug geschehen ist, so schadet es garnichts, wenn Herr v. Stephan es noch einmal und noch öfter zu hören bekommt. Schließlich muß ihm doch die einfachste und ruhigste Erwägung zeigen, daß er mit seinem Bürokratismus das gerade Gegenteil von dem erreicht, was damit erreicht werden soll, schon weil der Reichstag für die Unzufriedenheit der Beamten ein Ventil darstellt, dessen Schließung außerhalb der Macht der Postverwaltung liegt. Die Herren vom Reichspostamt, sowohl der Chef wie Herr Fischer, gehen ganz in der Irre, wenn sie aus den selbstverständlichen, durch den Beruf gegebenen Beschränkungen individueller Freiheit, mit denen sich der Beamte abzufinden hat, folgern wollen, daß die vorgesetzte Behörde ihr Einspruchs- und Leitungsrecht auch auf solche Gebiete ausdehnen dürfe, wo das Individuelle im Menschen beginnt. Es sind Spätfindigkeiten, mit denen allein diese sonderbare Theorie begründet werden kann. Mit demselben Rechte könnte verlangt werden, daß die Beamten sich zu einer ganz bestimmten Richtung in der Kirche bekennen. Das Erfreulichste an der gestrigen Reichstagsverhandlung war, daß Herr v. Stephan ausgenommen, kein einziger Redner auch nur den Versuch machte, das Verhalten des Herrn von Stephan gegen den Assistentenverbund zu beschönigen, und das ist für den Generalgouvernenten doch eigentlich hart. Freilich, auf die Zustimmung des Abg. Stöcker konnte er von vornherein nicht rechnen. Herr Stöcker ist der kirchliche Freisinn des Herrn von Stephan verdächtig, und manche früheren, ungewöhnlich heftigen Angriffe des Hofpredigers a. D. haben hier ihre Hauptwurzel.

Der Kaiser hat dem Feldpropst Dr. Richter zu dessen fünfzigjährigem Dienstjubiläum am 24. Februar seine Photographie in großem Kabinettformat zugehen lassen. Das Bild, ein Kniestück, stellt den Kaiser in Kürassier-Uniform ohne Helm dar und trägt die eigenhändige Unterschrift "Wilhelm R. 24. 2. 93", darunter "25".

Viegnitz, 5. März. Reichstagssitzung für den Reichstagswahlkreis Viegnitz-Hainau-Goldberg. Bisher sind für den freisinnigen Kandidaten Jungfer 10760, für den Antisemiten Hartwig 6330 Stimmen gezählt.

28. Posenscher Provinzial-Landtag.

Posen, 4. März.

In der heute stattgefundenen vierten Plenarsitzung nahm die Versammlung von dem Bericht des Landeshauptmanns über die Provinzial-Hilfskasse und die Landeskultur-Rentenbank während des Rechnungsjahres 1891/92 Kenntnis.

Die Provinzial-Hilfskasse hat innerhalb des Berichtsabschnittes ihren hauptsächlichen Zweck, ein gemeinnütziges dazu bestimmtes Institut zu sein, Verbänden, Korporationen und dem Grundbesitz zu möglichst niedrigem Zinsfuß amortisierbare Darlehen zu gewähren, erfüllt. Die Höhe des Zinsfußes richtet sich nach der Lage des Geldmarktes überhaupt und wird bedingt durch den Kursstand der Seitens der Provinz ausgegebenen 3½-prozentigen Provinzial-Anleiheabschluß für Zwecke des Provinzial-Hilfskassen-Fonds.

Demgemäß erfolgte die Darlehnsgewährung: 1. an politische Verbände, Kreis-, Stadt- und Landgemeinden, zu 3½ Prozent Zinsen und Zahlung in Provinzial-Anleihecheinen zum Nennwert, 2. an alle sonstigen Korporationen und Private nach Wahl der Darlehnsschein entweder a) zu 4 Prozent Zinsen zahlbar in Provinzial-Anleihecheinen zum Nennwert, oder b) zu 4½ Prozent Zinsen zahlbar in Baar.

Die Aufnahme der Baarzahlung wurde durch den namentlich in den Monaten September bis Dezember 1891 niedrigen Kurs aller mit 3½ Prozent verzinslichen Wertpapiere also auch der Anleihecheine bedingt, da die Darlehnsnehmer, besonders aber Private, den Ihnen entstehenden Kursverlust nicht tragen konnten.

Nachdem sich der Kurs der Anleihecheine inzwischen auf 97,00 Prozent gehoben hat, dürfte in den meisten Fällen die Darlehnsentnahme zu 4 Prozentiger Verzinsung für die vorstehend unter 2 aufgeführten Darlehnsnehmer wieder vorgezogen werden, da sich die wirkliche Verzinsung unter Berücksichtigung des Kursverlustes nur auf 4,12 Prozent stellt.

Die Hilfskasse hat seit ihrem Bestehen bis Ende März 1892 im Ganzen 4506 Darlehen ausgeliehen, wovon planmäßig getilgt bezahlungswise außerordentlich zurückgezahlt sind 1693 Darlehen, so daß ausgeliehen verblieben 2813 Darlehen mit zusammen Mark 12 484 802,55.

Innerhalb des Berichtsabschnittes wurden bewilligt 389 Darlehen mit zusammen 3 012 200 M., ausgezahlt 260 Darlehen mit 1 798 220,68 Mark.

Der aus dem Hauptfonds der Hilfskasse abzuführende Rein-gewinn betrug 92 816,53 Mark, wovon jedoch 70 684,65 M. zur Deckung von Kursverlusten bei dem Verkauf von Anleihecheinen für eigene Zwecke der Hilfskasse verwendet werden mußten. An Zinsen für zeitweise benützte Baarbestände des Landes-Hauptsfonds wurden 29 643,96 Mark und an Kosten für die begebenen Anleihecheine 4823,92 M. gezahlt.

An Anleihecheinen des Privilegs vom 11. Juli 1888 waren am Schluss des Rechnungsjahres 1891/92 begeben 5 600 000 Mark, der Rest von 4 000 000 Mark durfte im Rechnungsjahr 1892/93 innerhalb dessen die Geschäfte der Hilfskasse einen weiteren erfreulichen Aufschwung nehmen, fast ganz gegeben werden, so daß demnächst die Ausgabe von Anleihecheinen auf Grund des Privilegs vom 30. Oktober 1892 wird eintreten müssen.

Die Reservesfonds der Hilfskasse sind auf 452 695,12 M. angewachsen und konnten die aufgekommenen Zinsen mit 15 240,09 M. dem Landeshauptfonds als Verwaltungskostenzufluss abgeführt werden.

Die Darlehen aus der Landeskultur-Rentenbank sind lediglich zu Drainagen auf Majorate oder Fideikommiße gewährt und zwar betragen die ausgeliehenen Darlehen am Schluss des Rechnungsjahres 1891/92 168 159,55 M.

Die Versammlung genehmigt ferner die Bildung eines Tilgungsfonds für die der Hilfskasse durch Verkauf von Anleihecheinen zu Zwecken der baaren Darlehnsauszahlung entstehenden Kursverluste.

Die Verzinsung und Tilgung der diesem Fonds am Schluss eines jeden Rechnungsjahres zuzuführenden Beträge erfolgt aus den Mehreinnahmen der Zinsen für die innerhalb dieses Bezirks gewährten baaren Darlehen.

Ferner wurde beschlossen, Seine Majestät den Kaiser und König zu bitten, zu genehmigen, daß die Provinz Posen für Zwecke des Provinzial-Hilfskassenfonds einen weiteren Betrag von 20 000 000 Mark Anleihecheine verzinslich zu 3 oder 3½, oder 4 Prozent im Bedarfsfalle ausgliet.

Demnächst werden folgende Spezialabsets für 1893/94 und folgende Jahre berathen und in Einnahme und Ausgabe wie folgt festgestellt: 1) der für die Beamten der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Posen, soweit sie aus Provinzial-Fonds belastet werden, auf 67 346 M. Der auszugebende Betrag wird von der genannten Anstalt erstattet; 2) der für das Landarmen- und Korrigendinnenwesen auf 384 500 M. darunter 381 795 M. Provinzial-Zuschuß und zwar: Landarmen: für die Landarmenpflege 235 495 M., für die Pflegeanstalt in Koszien 41 300 M., für das Landarmenhaus zu Schrimm 17 000 M.; Korrigendinen: für das Arbeits- und Landarmenhaus zu Bojanow 65 000 M., für das Arbeits- und Landarmenhaus zu Fraustadt 23 000 M.; 3) der für das Zwangserziehungswesen auf 101 600 M., darunter 42 022 M. Provinzial-Zuschuß und zwar: zur Unterhaltung der in Familien- und Privatanstalten untergebrachten Zwangsjugligen 16 675 M., zur Unterhaltung der Zwangserziehungsanstalt Schubin 14 332 M., zur Unterhaltung der Zwangserziehungsanstalt Czerniewice 11 015 M.; 4) der für die Provinzial-Irren-Anstalt zu Owińsk auf 350 000 M., darunter 118 000 M. Provinzial-Zuschuß; 5) der für die Provinzial-Taubstummen-Anstalt Bojen auf 93 600 M., darunter 92 300 M. Provinzial-Zuschuß; 6) der für die Provinzial-Taubstummen-Anstalt Schniedemühl auf 62 950 M., darunter 62 400 M. Provinzial-Zuschuß; 7) der für die Provinzial-Taubstummen-Anstalt Bromberg auf 31 250 M., darunter 30 750 M. Provinzial-Zuschuß; 8) der für die Gebanmen-Lehr-Anstalt Posen auf 21 000 M., darunter 17 500 M. Provinzial-Zuschuß; 9) der für die landwirtschaftliche Winterschule Fraustadt auf 8500 M., darunter 6680 M. Provinzial-Zuschuß; 10) der für die Gärtnerei-Lehr-Anstalt Koschmin auf 17 000 M., darunter 12 000 M. Provinzial-Zuschuß.

Der Stadt Posen wird zu der Eindeichung gemäß dem staatslicheits noch zu genehmigenden Projekt eine Beliefe von 350 000 Mark derart gewährt, daß die Provinz diesen Betrag von der aufzunehmenden Anleihe übernimmt, mit höchstens 4 Prozent verzinst und mit 1 Prozent unter Hinzurechnung der erwarteten Zinsen tilgt.

Dafür übernimmt die Stadtgemeinde Posen die Verpflichtung, die im Zuge der Posen-Thorner Chaussee liegende Brücke über die Cybina nach einem von der Provinzial-Behörde zu genehmigenden Projekt neu zu bauen und demnächst an die Provinz zur Unterhaltung zu übergeben. Die Zins- und Tilgungsraten werden halbjährlich gezahlt und zwar die erste nach Führung des Nachwesels, daß 350 000 M. zu Eindeichungszwecken seitens der Stadt Posen verausgabt sind.

Dem St. Josephs-Stift in Posen für das Kinderhospital sowie für die Pflege armer siecher Frauen werden die Gehälften von

4000 bzw. 600 M. auch für 1893/94 bewilligt, während verschiedene andere Gejüche um Gewährung von Beihilfen und Zuschüssen durch Ablehnung bzw. Übergang zur Tagesordnung erledigt wurden.

In Anerkennung der erfolgreichen Thätigkeit des Landeshauptmanns und unter Berücksichtigung der stets wachsenden Arbeitslast wird demselben vom 1. April 1893 an eine persönliche aber pensionsfähige Gehaltszulage von 3000 M. gewährt.

Die nächste Plenar-Sitzung findet Montag, den 6. März 1893 statt.

Polnisches.

Posen, 6. März.

* Die dem „Dziennik Pozn.“ von privater Seite durch Vermittelung des Gutsbesitzers Hulewicz zugegangene Mitteilung, daß die polnische Reichstagsfraktion sich bereits zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages schlüssig gemacht habe, wird der „R. Pr. Btg.“ von unrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Namentlich wird von polnischer Seite bestritten, daß der Wunsch der Regierung und die Konsequenz der Ausgleichspolitik, welche die Polen jetzt betrieben, für eine solche Haltung maßgebend seien. Der „Dziennik Pozn.“ erinnert ferner daran, daß die polnische Reichstagsfraktion auch nicht für das Regierungsprojekt bezüglich der Zuckersteuer gestimmt hat. Was den deutsch-russischen Handelsvertrag angeht, so werde sie denselben Standpunkt einnehmen, wenn sie sich überzeugt habe, daß die beabsichtigten Maßregeln für die Landwirtschaft schädlich seien.

* Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragt, die Regierung zu ersuchen, möglichst noch in der laufenden Session ein Gesetz wegen Festigung des Gesetzes, betreffend die Förderung der deutschen Ansiedelungen in Westpreußen und Posen vorzulegen.

Locales.

Posen, 6. März.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzlice: am 5. März Mittags 3,36 Meter, Abends 3,33 Meter; aus Schrimm: am 5. März Mittags 3,05 Meter, Abends 3,03 Meter.

p. [Von der Warthe.] Die Hochfluth nimmt jetzt auch hier sehr schnell ab. Das Wasser ist seit gestern Morgen um 10 Centimeter gefallen. Da aus Pogorzlice sowohl als aus Schrimm weitere starke Abnahme der Warthe gemeldet wird, so dürfte jetzt jede Gefahr überwunden sein. Die Einwohner in den niedriger gelegenen Stadttheilen beginnen denn auch wieder freier anzuziehen und sich in den wegen der drohenden Ueberschwemmung geräumten Wohnungen und Kellern wieder einzurichten. Das Grundwasser scheint indessen noch immer im Steigen zu sein und macht sich namentlich in den lebsteren Räumen sehr unangenehm bemerkbar.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 4. März. Der Hafen von Pillau ist eisfrei.

Frankfurt a. M., 5. März. Die „Frankf. Btg.“ meldet aus Rotterdam: Der Dampfer „Odban“, mit 400 Passagieren von Rotterdam nach Newyork unterwegs, ist bei Sandyhook gestrandet; die Lage desselben ist gefährlich.

Hamburg, 4. März. Die Cholerakommission des Senats teilt mit, daß durch die bakteriologische Untersuchung heute eine Erkrankung an Cholera nachgewiesen ist.

München, 5. März. Der Erste Bürgermeister Dr. v. Widemann ist heute gestorben.

Wien, 4. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in der heutigen Sitzung das Budget der „Centrale des Handelsministeriums.“

Pest, 4. März. Das Abgeordnetenhaus überwies in seiner heutigen Sitzung dem Justizausschuß einen Antrag, wonach die Däten der Abgeordneten als nicht pfändbar erklärt werden sollen. Die Verlängerung des Budgetprovisoriums wurde genehmigt. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Regierung halte an ihrem kirchenpolitischen Programm fest und werde dasselbe auch durchführen.

Petersburg, 4. März. Der Stabschef des Moskauer Militärbezirks, Generalleutnant Duchowskoj ist als Generalgouverneur des Amur-Gebiets in Aussicht genommen.

Petersburg, 4. März. Dem „Kronstadskej Vestnit“ zufolge begiebt sich das russische Geschwader des Atlantischen Oceans, bestehend aus den Kreuzern „Dimitry Donskoj“, „General-Admiral“ und „Rynda“, zu denen nach Größnung der Schiffahrt noch einige Kriegsschiffe aus Kronstadt stoßen werden, nach Nordamerika. Zum Chef des Geschwaders ist der Vizeadmiral Kasnakow ernannt, welcher gegen den 22. März (n. St.) seine Flagge in Algier auf dem „Dimitry Donskoj“ hissen wird.

Petersburg, 5. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, in welcher es heißt: Die kaiserliche Regierung habe schon mehrmals Gelegenheit genommen, ihre Ansichten über die Umwälzungen in Bulgarien und über die Prinzipien zu äußern, von denen sich die Regierenden in Sofia leiten ließen, seitdem der Prinz Ferdinand zur Macht gelangt sei. Nachdem diese Leiter der Regierung nunmehr beabsichtigen, die Sobranje einzuberufen, um den Artikel 38 der Verfassung von Tirnovo abzuändern und auch der Religion des Landes Eintrag zu thun, könne die kaiserliche Regierung, wenn sie auch an dem Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten des Fürstenthums festhalte, nicht stummer Zeuge diesem Versuche gegenüber bleiben, welcher einer energischen Opposition unter der bulgarischen Bevölkerung begegne. Die Mittheilung schließt, wie folgt: „Die kaiserliche Regierung spricht ihren aufrichtigen Wunsch aus, daß die Stimmen, welche sich unter der Geistlichkeit und den gut gesinnten Bürgern vernehmen lassen, allen Bulgaren ohne Unterschied der Partei als Mahnung dienen und die Gefahr beseitigen werden, welche dem ganzen Volke

droht, das im Begriffe steht, seine heiligsten hundertjährigen Traditionen zu verleugnen. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die beabsichtigte Änderung in dem geistigen und politischen Leben des Fürstenthums keine günstigen Resultate erzielen und nur traurige Folgen für die Zukunft haben wird, indem die Zwistigkeiten im Innern und tieghende Misshelligkeiten in moralischer Beziehung herbeiführen wird.“

Stockholm, 4. März. Das Panzerschiff „Thule“ ist heute in Gegenwart des Königs, der Minister, zahlreicher Mitglieder des Parlaments sowie einer großen Menschenmenge glücklich vom Stapel gelassen.

Copenhagen, 4. März. Das dänische Postdampfschiff „Danmarksold-Samjö“ ist heute von Korsör nach Kiel abgegangen, um die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Nachfahrten zu untersuchen.

Rom, 4. März. Baron Wedell und Marquis Lagergren, die Abgeordneten der katholischen Bevölkerung Norwegens und Schwedens, übermittelten heute dem Papste die Glückwünsche zu dessen Bischofsjubiläum, Marquis Lagergren überreichte eine Adresse und das Fell eines weißen Bären.

Rom, 5. März. Gestern Abend wurde ein Beamter der römischen Bank, Agazzi, welcher seit zwei Jahren 97 000 Francs Bankgelder veruntreut hatte, verhaftet.

Bellinzona, 5. März. Bei den heutigen Wahlen zum Grossen Rathe siegten ebenfalls die Liberalen. Das voraussichtliche Wahlergebnis wird sein: 51 Liberale und 45 Konservative.

Paris, 4. März. In den Wandergängen der Kammer verlautete heute, Charles Lesseps werde in dem Panama-Befreiungs-Prozeß Floquet, Clemenceau und Freycinet als Zeugen zitiert lassen.

Paris, 4. März. Die Deputirtenkammer genehmigte die Vorlage betreffend die Liquidation der Panama-Gesellschaft. Die Liquidation beginnt am Donnerstag.

Paris, 4. März. Die hiesige brasilianische Gesandtschaft demonstriert die Nachricht, daß die Insurgenten von Rio Grande bei den Häusern Bestellungen auf Kanonen gemacht hätten.

Paris, 5. März. Millevoye sandte einen Brief an den Justizminister Bourgeois, worin er für morgen eine Interpellation ankündigte über die rechtlichen und parlamentarischen Folgen, welche aus der Beleidigung Freycinets, Floquets und Clemenceaus an der Panamaaffaire entstehen könnten, nicht vor Beendigung des Prozesses acceptiren, der am 8. März beginnt.

Paris, 5. März. Das Mitglied der Akademie Taine ist gestorben. — Dem Vernehmen nach wird die Regierung die Interpellation Millevoyes über die rechtlichen und parlamentarischen Folgen, welche aus der Beleidigung Freycinets, Floquets und Clemenceaus an der Panamaaffaire entstehen könnten, nicht vor Beendigung des Prozesses acceptiren, der am 8. März beginnt.

Bordeaux, 4. März. Das Schwurgericht verurteilte den früheren Administrator der „République française“, Denayrouse, welcher Roynal in der „Cocarde“ bezichtigt hatte, von dem „Crédit foncier“ 300 000 Frs. für die „République française“ verlangt zu haben, zu drei Monaten Gefängniß und den Herausgeber der „Cocarde“ zu 100 Frs. Geldstrafe.

Paris, 4. März. Aus Lissabon wird zu der Nachricht von der beabsichtigten Unifikation der inneren und der äusseren portugiesischen Schuld noch gemeldet, daß gleichzeitig die Abgaben für die Fischerei und die Accisen durch andere Auflagen ersetzt werden sollen.

Madrid, 5. März. Die spanische Regierung beschloß Delegirte zu dem internationalen Kongreß nach Dresden zu entsenden.

Aus Quintanilla, in der Provinz Burgos, sowie aus Motril, in der Provinz Granada werden Wahlunruhen gemeldet. An letzteren Orte gab es mehrere Tode und Verwundete. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Madrid, 5. März. Die Wahlen zur Deputirtenkammer, welche heute begannen, nahmen in der Stadt einen sehr ruhigen Verlauf, dagegen soll der Wahlkampf in den Provinzen ein sehr heftiger sein.

Madrid, 5. März. Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Dubsky hatte mit dem Minister des Auswärtigen Armijo eine Unterredung, um Verhandlungen wegen eines Handelsabkommen einzuleiten. — Anlässlich der Wahlen kam es in Velez, Provinz Granada, zu Unruhen, wobei eine Person getötet wurde und mehrere Personen, darunter der Bürgermeister, verwundet wurden. Auch in Barcelona werden Unruhen befürchtet.

Lissabon, 4. März. Wie mehrere Blätter wissen wollen, hätte der Finanzminister die Unifikation der verschiedenen Typen der portugiesischen inneren und auswärtigen Schuld vorschlagen.

Lissabon, 5. März. Der Finanzminister erklärte die Gerüchte von einer beabsichtigten Unifikation der portugiesischen inneren und auswärtigen Schuld für unbegründet.

London, 4. März. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ aus Kalkutta hat der Maharadja von Mysore dem Papste wertvolle Geschenke zu seinem Bischofsjubiläum überbracht.

Der Oberbefehlshaber von Indien Lord Roberts tritt am 8. April von dem Ober-Kommando zurück.

London, 5. März. Heute Abend fand im Mansion-House beim Lordmayor zu Ehren des französischen Botschafters Waddington ein Banquet statt. In Beantwortung des Toastes auf seine Gesundheit erklärte Waddington, Frankreich und England müßten in ihrem Besitzen, ihre Besitzungen über den ganzen Erdball auszudehnen, notwendiger Weise rivalisiren. Aber es besthe zwischen beiden Ländern keine einzige Streitfrage, welche nicht auf direktem oder schiedsgerichtlichem Wege gelöst werden könne.

Cardiff, 4. März. Die Arbeiter in den Kohlengruben von Forest of Dean haben in Folge einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung den Streik erklärt.

Bukarest, 4. März. Das Amtsblatt veröffentlicht die vom Ministerrat beschlossenen, für den Fall einer Epidemie anzuruhenden Quarantaine-Maßregeln. Darnach werden für die ganze Dauer der Epidemie die großen Seeschiffe eine Quarantaine auf der Rhede des Hafens von Sulina zu bestehen haben. Die Schiffe aus den russischen Donauhäfen werden in Ismailia, die-

jenigen aus den russischen Häfen des Bruth an der Mündung dieses Flusses und österreichisch-ungarische Schiffe in Turn-Severin die Quarantaine absolviren. Der Hafen von Kästendie wird nur von Schiffen mit reitem Patente angelauft werden können. Der Hafen von Mangalia wird nur den Küstenschiffen zwischen diesem Hafen und Kästendie geöffnet sein.

Washington, 4. März. Zu der heute stattfindenden feierlichen Präsidentschafts-Uebernahme durch Cleveland sind zahlreiche Fremde hier eingetroffen. Cleveland und Harrison tauschten gestern Besuche aus; der neue Präsident war alsdann bei Harrison zur Tafel.

Washington, 4. März. In der Botschaft bei der Uebernahme der Präsidentschaft hob Cleveland die hervorragende Wichtigkeit einer guten und stabilen Münzirkulation hervor. Die Vereinigten Staaten könnten sich trotz ihrer nationalen Kraft und ihrer wirtschaftlichen Hilfsmittel nicht mit den unerhittlichen Gesetzen der Finanzen und des Verkehrs im Widerspruch setzen. Er hoffe, die Gesetzgebung werde ein weises und wirksames Heilmittel finden. Inzwischen werde die Exekutive alle in ihrer Macht stehenden Mittel gebrauchen, um den Nationalkredit aufrecht zu erhalten und eine finanzielle Katastrophe zu beschwören. Das Verdict der Wähler sei gegen die Aufrechthaltung des Schutzsystems gewesen. Cleveland verurtheilt die populäre Tendenz, von der Thätigkeit der Regierung individuelle, nur einzelnen Interessen zu Gute kommende Vortheile zu erwarten und missbilligt die Prämien, Subventionen und Syndikate (Trusts.) Die Tarifreform müsse weise ohne Nachgelüste unternommen werden. Zum Schlusse der Botschaft heißt es: „Unsere Mission ist nicht, Irrthümer zu bestrafen, sondern zu berichtigten. Die Nothwendigkeit, die zur Erhaltung der Regierung erforderlichen Mittel aufzubringen, liefert die einzige Rechtfertigung der vom Volke erhobenen Steuern.“

Washington, 4. März. Der Präsident Harrison unterzeichnete heut die Bill Chandlers betreffend das Verbot der Einwanderung gewisser Personen nach den Vereinigten Staaten.

Newyork, 5. März. Gestern wütete in den Staaten Mississippi, Alabama und Georgia ein sehr heftiger Cyclon, welcher großen Schaden anrichtete. Die Stadt Barnett, Eisenbahnhafen am Mississippi, wurde nahezu zerstört. Die Zahl der Getöteten wird auf 14, diejenige der Verwundeten auf 20 beziffert. Auch aus anderen Orten werden zahlreiche Tode und Verwundete gemeldet.

Lima, 3. März. Das neue Kabinett ist, wie folgt, zusammengesetzt: General Belarde Borsig und Inneres, Justiz, Mamiel Villavicencia Krieg, Chacaltana Auswärtiges, Begarra Salvador Caverio Finanzen.

Handel und Verkehr.

** Posen, 4. März. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen hat heute stattgefunden und verlief wie folgt: Auf den Vortrag des bereits im Druck an die Anwesenden vertheilten Berichts der Direktion über das Geschäftsjahr 1892 wurde verzichtet und die Vertheilung einer Dividende von 4% = M. 67,50 pro Stück, welche laut Statut vom 1. Mai ab zur Auszahlung gelangt, genehmigt. Es wurden sodann zu Testireuren, welche die Bilanz für 1892 mit den Büchern zu vergleichen und im Fall des Rechtfundes die Direktion zu entlasten haben, die Kaufleute Max Czapski, Ludwig Manheimer, Wilhelm Wolff gewählt. Die Tagesordnung war hiermit erledigt. Vertreten waren 169 Aktien mit 31 Stimmen.

** Pest, 4. März. Nach dem offiziellen Bericht war der Saatenstand Anfang März ein guter, ausgenommen für Raps.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Grad
4. Nachm. 2	767,3	SW	mäßig	+ 2,1
4. Abends 9	764,4	SW	mäßig	- 1,2
5. Morgs. 7	756,7	SW	frisch	- 1,1
5. Nachm. 2	753,7	SW	mäßig	+ 2,6
5. Abends 9	751,5	SW	mäßig	+ 3,4
6. Morgs. 7	746,5	W	frisch	+ 3,7
1) Nachmittags Regen. 2) Nachts und früh Regen, früh Nebel.				
Am 4. März	Wärme-Maximum + 2,4° Cels.			
Am 4.	= Wärme-Minimum - 2,5° =			
Am 5.	= Wärme-Maximum + 3,5° =			
Am 5.	= Wärme-Minimum - 1,5° =			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5. März Morgens 3,98 Meter
= 5. Mittags 3,96
= 6. Morgens 3,88

Telegraphische Börsenberichte.

Petersburg, 4. März. Wechsel auf London 94,55, Russ. II. Orientali. 102%, do. III. Orientali. 104%, do. Bank für ausw. Handel 284%, Petersburger Distrikto-Bank 477, Warschauer Distrikto-Bank 442, Russ. 4%, Russ. Eisenbahn 245%, Russ. Südwestbahn-Alten 116%.

Buenos-Aires, 3. März. Golbagio 218,00.

Rio de Janeiro, 4. März. Wechsel auf London 121%.

Produktions-Kurse.

Köln, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,50, do. fremder loko 17,75, per März 16,30, per Mai 16,60. Roggen hiesiger loko 14,25, fremder loko 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —. Rübsl loko 56,50 per Mai 54,00, per Okt. 54,00. Wetter: Schön.

Bremen, 4. März. (Wörter-Schlüsselbericht.) Raffiniertes Petroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumsbörse.) Fass-zollfrei. Ruhig. Volo 5,25 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 48 Br., Upland

Basis middl., nichts unter low middl., auf Leinwandserung p. März 47%, Br., v. April 47%, Br., v. Mai 48 Br., v. Juni 48%, Br., v. Juli 48%, Br., per August 48%, Br.

Schmalz. Fest. Schafer — Br., Wilcox 60 Br., Choice

Bremen, 4. März (Kurie des Getreide- und Mehl-Vereins
5 Proz. Nordb. Wollsmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Alten
— Br. 5 Proz. Nordb. Umsatz 117% bez.

Hamburg, 4. März. Getreidemarkt. Weizen loß fest,
holsteinischer loß neuer 152—156.— Roggen loß fest medlenb.
loß neuer 132—134. russischer loß ruhig, transito 108 nom.
Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübel überzollt ruhig, loß
53.— Spiritus loco still, vor März 22%, Br., vor März—
April 22%, Br., vor April—Mai 22%, Br., Mai—Juni 22%, Br.—
Kaffee ruhig. Umsatz — Sac. — Petroleum loco fest, Standard
white loß 5,20 Br., vor August—Dezember 5,15 Br. — Wetter:
Brachvöll.

Hamburg, 4. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average
Santos vor März 84%, vor Mai 82, vor Sept. 81%, vor Dez.
80%. Behauptet.

Hamburg, 4. März. Budermarkt. Rübenzucker I. Produkt Basis 88 vpt. Rendement neue Usance, frei
an Bord Hamburg vor März 14,15, vor Mai 14,35, vor
Sept. 14,35, vor Dez. 13,00, Stett.

Peit. 4. März. Getreidemarkt. Weizen preislich, vor Frühjahr
7 36 Gd., 7,37 Br., vor Herbst 7,49 Gd., 7,50 Br. Hafer
vor Frühjahr 5,55 Gd., 5,59 Br. Mais vor Mai—Juni 4,70 Gd.
4,71 Br. Kohlraps vor August—Sept. 11,85 Gd., 11,95 Br. —
Schön.

Paris, 4. März. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig,
v. März 21,30, v. April 21,50, v. Mai—Juni 21,90, v. Mai—August
22,10. — Roggen ruhig, vor März 13,80, vor Mai—August 14,20.
— Mehl ruhig, vor März 47,40, vor April 47,60 v. März—Juni
48,00, vor Mai—August 48,40. — Rübel ruhig, vor März 58,75.
vor April 59,00, vor Mai—August 60,00, v. Sept.—Dez. 60,25.—
Spiritus bebt, vor März 47,50, vor April 47,75, v. Mai—August
47,50, vor Sept.—Dez. 48,75. — Wetter: Schön.

Paris, 4. März. (Schluß.) Rübenzucker beh., 88 Proz. loß
38,25 à 38,50. Weiter Buder fest, Nr. 3 vor 100 Kilogramm per
März 40,37%, vor April 40,62%, vor Mai—August 41,12%, vor
Sept.—Dez. 36,87%.

Havre, 4. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler
u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.
Rio 5 000 Sac, Santos 13 000 Sac Rezepte für gestern.

Havre, 4. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler
u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 106,25, vor Mai
103,75, v. Sept. 103,25. Fest.

Amsterdam, 4. März. Bancazinn 55%.

Amsterdam, 4. März. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt. Weizen vor März

168, vor Mai 173. — Roggen v. März 132, vor Mai 127.

Antwerpen, 4. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig.

Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 4. März. (Telegr. der Herren Willens und Co.)

Wolle. La Blata-Zug, Type B., März 4,55 Käufer, Juli 4,70
Käufer.

Antwerpen, 4. März. Petroleummarkt (Schlußbericht). Käf-
fintree Type weiss loß 12% bez. und Br. vor v. März 12% Br.,
April—Mai 12% Br., vor Sept.—Dez. 12% Br. Fest.

London, 4. März. 96 vpt. Javazucker loß 16% ruhig. Rüben-

Zucker loß 14 ruhig. Wetter: —.

London, 4. März. An der Küste 4 Weizengüter angeboten.

— Wetter: Bewölkt.

Liverpool, 3. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle
Umsatz 5000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen.
Amerikaner fester, Surats ruhig.

Middlel. amerikan. Lieferungen: März—April 4,5% Käuferpreis,
Mai—Juni 4,5% Käuferpreis, Juli—August 4,5% do., Septem-
ber—Oktober 4,5% do. Käuferpreis.

Liverpool, 4. März. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle
Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen.

Middlel. amerikan. Lieferungen: März—April 4,5% Käuferpreis,
April—Mai 4,5% Käuferpreis, Mai—Juni 4,5% Käuferpreis, per

Juni—Juli 4,5% do., Juli—August 4,5% do., vor August—September
4,5% do., Septr.—Oktober 4,5% do., Okt.—Nov. 4,5% do.

Newyork, 4. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-
York 5,15, do. in New-Orleans 8,5%. Raff. Petroleum Standard
white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia
5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,55, do. Petroleum
Certificates, vor April 64%. Stett. Schmalz loß 13,10, do. Röhe
Brothers 13,35. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais
Newy. März 52%, v. Mai 50%, v. Juli 50%. Rother Winter-
weizen loß 78%, Rafftee Rio Nr. 7, 17%. Mehl (Spring clears)
2,65. Getreidefracht 1%. — Kupfer 12,00. Rother Weizen
vor März 77%, vor April —, vor Mai 79%, vor Juli 81%.

Kaffee Nr. 7, low ord. v. April 16,95, v. Juni 16,65.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten
Waaren betrug 15 745 518 Dollars gegen 31 098 221 Dollars in der
Vorwoche, davon für Stoffe 3 511 210 Dollars gegen 4 055 061
Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 3. März. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren
in allen Unionshäfen 61 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien
32 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 51 000 Ballen.
Vorrath 917 000 Ballen.

Chicago, 4. März. Weizen vor März 74%, vor Mai 77%,
Mais vor März 41. Spec short clear 10,62%. Worf vor
März 18,50.

Newyork, 4. März. Weizen vor März 77%, C. v. April
—, v. Mai 79%, C.

Berlin, 5. März. Wetter: Kälter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 4. März. Die heutige Börse eröffnete in starker Haltung
und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gedanke.
Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen
lauteten gleichfalls ziemlich günstig. Das Geschäft entwickelte sich
im Allgemeinen ruhig, gewann aber in einigen Ultimowerten
größeren Belang. Im weiteren Verlaufe des Verfahrens trat in
Folge von Realisation eine Abschwächung der Haltung ein, doch
schloß die Börse wieder fester. Der Kapitalmarkt bewahrte feste
Gesamtenthaltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel;
Deutsche Reichs- und Preußische Consol. Anleihen behauptet, 3 Proz.
etwas besser. Fremde, festen Zus. tragende Papiere konnten ihren
Werthstand zumeist gut behaupten bei mäßigen Umsätzen; Russische
Noten fester, auch fremde Staatsfonds und Renten im Laufe des
Verfahrens bestätigt. Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notirt.
Auf internationalem Gebiet gingen Deft. Kreditattien zu etwas
höherer, mäßig schwankender Note ziemlich lebhaft um; Dux-Bodenbach
und Buchtehrader fester, andere Oesterreichische und
Schweizerische Bahnen fest und ruhig. Inländische Eisenbahngesellschaften
gleichfalls ziemlich fest, aber wenig belebt; Ostpreußische Südbahn
abgeschwächt. Bankaktien recht fest und in den spekulativen Devisen
lebhafter; Diskonto-Kommandit-Anteile nach starker Eröffnung
abgeschwächt. Industriepapiere zumeist fest und zum Theil leb-
hafter; Schiffsfahrtssachen schwächer. Montanwerthe Anfangs-
fester und ziemlich lebhaft, später abgeschwächt, aber wieder fest
schließend.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. März. In Newyork ist der Preis für Weizen
gestern um 1%, C. gewichen. Die heutige Getreidebörsie war heute
trotz des Nachtrotes schwach, da auf Erwerbungen vom Auslande
per Herbst Abgaben im Markt waren. Weizen fast geschäftslos
und etwas niedriger. Von Roggen sind zwei Dampferladungen
südrussischer Ware geliefert worden und zwar mit der Bedingung,
daß das Geschäft vom Käufer annuliert werden kann, wenn der
Zoll nicht auf 35 Mark ermäßigt wird. Die eine in London ge-
kaufte Ladung ist zu 22 sh. die andere am Platz gehandelt, zu
netto 99% Mark cis Hamburg abgeschlossen worden. Das Ge-
schäft war hier etwas belebt, und die Preise geben für alte Sich-
ten ca. 1% Mark nach. Hafer bei sehr stillem Geschäft etwas
schwächer. Roggenmehl wurde billiger abgegeben. Rübel still

und unverändert. In Spiritus letzten Termine niedriger ein,
angeblich auf Realisation für schlechte Rechnung. Als die Volo-
zufuhr bei Fabrikanten zu gestrigen Preisen Aufnahme fand, konnte
der Abfall wieder eingeholt werden.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr.
Roko still. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis
— M. Volo 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150
M. per diesen Monat —, vor März—April —, vor April—
Mai 153,25—152,75—153 bez., vor Mai—Juni 154,75—154,50 bez.,
vor Juni—Juli 156—155,75 bez., vor Juli—August 157,25—156,75
bez., vor Sept.—Okt. 159,25—158,50 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Roko wenig Geschäft. Termine
stil. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Volo 124—133
M. nach Qual. Lieferungsqualität 129 M. inländischer guter
129—130 M. per diesen Monat —, vor März—April —, vor
April—Mai 133,25—132,25—132,5 bez., vor Mai—Juni 135—134
bez., vor Junt—Juli 136—135—135,25 bez., vor Juli—August 137
bis 136 bez.

Gerste vor 1000 Kilogr. Etwa matter. Große und kleine
138—175, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Volo behauptet. Termine wenig
verändert. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Volo
139—157 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 141 M. Bom-
merscher und preußischer mittel bis guter 140—143 bez., fetner
144—148 bez., schlechter mittel bis guter 141—144 bez., fetner
145—149 bez., per diesen Monat —, vor März—April —, vor April—
Mai 141,5 bez., per Mai—Juni 142 M. per Junt—Juli 143 bis
142,5 bez.

Mais per 1000 Kilogr. Volo unverändert. Termine stil.
Gefündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 110 M. Volo 113—126
M. nach Qual., per diesen Monat —, per März—April —, per
April—Mai 109,25 bez., per Mai—Juni —, per Junt—Juli —, per
Juli—August —, per Sept.—Okt. —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochware 160—205 M. nach
Qual. Futterware 137—149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac.
Termine niedriger. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — M. per
diesen Monat —, per April—Mai 17,45—17,30 bez., per Mai—Juni
17,60—17,45 bez., per Junt—Juli 17,75—17,60 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac.
per diesen Monat 19,75 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo
brutto incl. Sac per diesen Monat 10,80 M. Kartoffelmehl per 100 Kilo
brutto incl. Sac per diesen Monat 19,75 M.

Rübel per 100 Kilogr. mit Fak. Wenig verändert. Ge-
fündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fak. —, M.
ohne Fak. —, M. per diesen Monat 52 M. per April—Mai
52,1—51,8—51,9 bez., per Mai—Juni 52,1—51,8—51,9 bez., per
Sept.—Okt. 52,1—52 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100
Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kün-
digungspreis — M. Volo ohne Fak 54,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à
100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Liter-
Kündigungspreis — Volo ohne Fak 34,4 bez., in einem Falle
34,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. —. Gefündigt —
Liter. Kündigungspreis — M. Volo mit Fak —, per diesen
Monat 33,4—33,1 bez., per März—April 33,4—33,1 bez., per April—
Mai 33,7—33,4—33,6—33,4 bez., per Mai—Juni 34—33,7—33,9
bis 33,7 bez., per Junt—Juli —, per Juli—August —, per August—
Sept. 35,4—35,2—35,4—35,1 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,50—17,50
bez. keine Marken über Mott bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1
p. 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 2 M. 1 Dol. — 41/2 M. 100 Ruh. — 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 P. seta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 4. März.	Brnsch. 20 T.L.	— 104,50 B.	Sohw. Hyp.-Pf. 41/2	102,80 bz	Wrsch.-Teres. 5	102,50 bz	Baltische gar. ... 5	5	Pr.-Hyp.-B.I. (rz. 120) 41/2	6	Bauges. Humb. 6
Amsterdam. 21/2% 8 T.	169,25 bz	Görl.-M. Pr.-A. 31/2	133,80 bz	Serb.-Gld.-Pfd. 5	89,25 bz	Brest-Grajewo. 5	100,00 bz	do. VI. (rz. 110) 5	8	138,25 bz G.	
London 3 1/2% 8 T.	20,43% bz	Dess. Präm.-A. 31/2	79,75 bz G.	do. Rente ... 5	79,75 bz G.	Gru. Russ. Eis. g	79,75 bz G.	do. div.Ser.(rz.100) 3	31/2	73,50 bz G.	
Faris 21/2% 8 T.	81,20 bz	Ham. 50 T.L.	137,00 B.	do. neue 85 5	80,10 bz G.	Iwang.-Dombr. g. 41/2	104,30 G.	do. (rz.100) 3	0	10,16 bz	
Wien 4 8 T.	168,65 B.	Odenb. Loose 3	129,75 B.	Stockh.Pf. 45%	102,60 G.</						